

## Elterngeld:

Bezieher ges.: 800.000 Personen

In €: 4,5 Mrd

Das Elterngeld wurde zum 1.1.2007 eingeführt. Im Zusammenhang mit den Diskussionen um Sparmaßnahmen im Sozialbereich wird dieses Thema auch in der Bevölkerung i.d.R. vorrangig genannt. Dabei habe ich in vielen Gesprächen festgestellt, wie wenig der eigentliche Sinn und Zweck des Elterngeldes bekannt ist. Deshalb sei an dieser Stelle eine ausführlichere Darstellung erlaubt:

Das Elterngeld ist im Gegensatz zum Kindergeld oder –zuschlag, die es ja ebenfalls gibt (!), eine Lohnersatzleistung. Es wird gewährt – vereinfacht gesagt -wenn jeweils ein Partner bereit ist, seine Arbeit zugunsten von frühkindlicher Betreuung freiwillig aufzugeben, also auf jegliches persönliches Einkommen/Grundsicherung zunächst verzichtet. Da immer weniger junge Paare hierzu bereit sind, und vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, gewährt der Bund unter bestimmten Bedingungen und für begrenzte Zeit 67% des letzten Gehaltes, min. 300 €/max. 1.800€, für denjenigen, der verzichtet.

Dieses Elterngeld wurde in der Großen Koalition auch auf Bezieher in SGB II (Hartz IV) als Sonderzulage (300 €) übertragen, obgleich die o.a. Situation auf diesen Personenkreis eigentlich nicht zutraf. Unser Ziel ist es, diese Menschen wieder in Arbeit zu bringen, aber faktisch haben sie in dieser Situation keine Arbeit, die aufzugeben wäre, um damit einen Anspruch auf diese Lohnersatzleistung zu erhalten. Darüber hinaus erhält die betroffene Person immer die Garantie einer Grundleistung aus SGB II, ob mit Kind oder nicht, im Gegensatz zu einer Mutter/Vater, die/der ihre/seine Arbeit freiwillig aufgibt. Analog zum Kindergeld, wo es diese Regelung bereits gibt, soll nun auch das Elterngeld auf die Hartz IV-Leistung angerechnet werden.

EINSPARUNG Elterngeld SGB II (Hartz IV): **1,6 Mrd.€ bis 2014 / 400 Mio.€ p.a.**  
Betroffene Personen: **130.000 (16% von gesamt)**

Die o.a. 67% vom letzten Gehalt galten bisher für alle Bezieher. Als weitere Einsparung wird diese Grenze wie folgt verändert:

Wer über 1.240€ Nettoeinkommen verfügt, erhält künftig nur noch 65%.

EINSPARUNG dieser Kürzung beim Bezug von Elterngeld: **800 Mio.€ bis 2014 / 200 Mio.€ p.a.**  
Betroffene Personen: **195.000 (25% von gesamt)**

Lassen Sie mich an dieser Stelle beispielhaft eine Erhöhung von Leistungen an Bezieher nach SGB II (Hartz IV) aus 2009 (Familienleistungsgesetz) erwähnen, auch das gehört zur Fairness dazu:

- Die Regelleistung für 6-13 jährige Kinder wurde von 60% auf 70% der Leistung für einen Erwachsenen erhöht: **+ 340 Mio.€ p.a.**
- Es wird ein Schulbedarfspaket (100€) zu Beginn eines Schuljahres gewährt bis 10. Klasse, bei Bedarf auch länger.  
Dies gilt vor allem für Bezieher niedriger Einkommen bzw. Hartz IV: **+ 121 Mio.€ p.a.**

## Rente:

Es war in Deutschland üblich, Rentenbeiträge für Arbeitslose weiter einzuzahlen. Jedoch wurden in den vergangenen Jahrzehnten diese Beiträge immer variabler und mit zunehmendem Kreis der Betroffenen nicht mehr in Anlehnung an die tatsächliche Höhe gezahlt.

*Nahezu endgültig „gekappt“ wurde diese Zahlung an die Rentenkasse und die damit verbundene Anwartschaft auf eine entsprechend höhere Rente trotz langer Arbeitslosigkeit mit der Einführung von Hartz IV durch SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN.*

Seitdem wird aus Steuermitteln nur noch ein Rentenversicherungsbetrag für Langzeitarbeitslose in Höhe von 40,80€/Person in die Rentenversicherung einbezahlt. Daraus erwächst ein Rentenanspruch in Höhe von etwa 2,06€/Monat/Person. Oder anders ausgedrückt: Wenn jemand 40 Jahre arbeitslos wäre, würde er/sie eine Anwartschaft von 80 € erzielen.

Hierfür wird jedoch gesamt pro Jahr aus dem Haushalt gezahlt/EINSPARUNG:

**7,2 Mrd.€ bis 2014/ 1,8 Mrd.€ p.a.**

Weitere Leistungen an Rentenversicherung (ohne Anspruch für Betroffenen)/ EINSPARUNG:

**1 Mrd.€ bis 2014**

Für jeden in Deutschland gibt es unabhängig davon eine Grundsicherung im Alter. Dennoch ist es unser Ziel, möglichst viele Menschen selbst zu befähigen, über entsprechende Arbeit in die Sozialsysteme einzuzahlen. Nur so können wir diese auch auf Dauer stabil halten.

## Übergangsgeld:

Im Übergang von Arbeitslosengeld I und II zur Grundleistung (Hartz IV) wird zur Zeit noch ein Übergangsgeld gezahlt. Dieser Zuschuss soll entfallen.

Für Alleinstehende: 160€/ Monat im ersten Jahr  
Bis zu 80€/ Monat im zweiten Jahr  
(Für Verheiratete entsprechend das Doppelte)

EINSPARUNG: **800 Mio.€ bis 2014**

## Heizkostenzuschuss:

In jüngster Vergangenheit gab es eine Phase, in welcher die Heizkosten unverhältnismäßig hoch waren. Wegen dieser Ausnahmesituation und zur Milderung von Härten wurde etwa 100.000 Rentnern sowie Beziehern von Hartz IV-Leistungen ein zusätzlicher Zuschuss zu den Heizkosten gewährt:

Einzelpersonenhaushalt: 24€

Zweipersonenhaushalt: 31€, jedes weitere Mitglied 6€

Auch nach Aussagen des Deutschen Mieterbundes sind die Aufwendungen für Heizkosten seit der Hochphase signifikant zurückgegangen. Deshalb führen wir nun auch den Zuschuss zurück, da die Grundlage für die Gewährung in dieser Form nicht mehr gegeben ist.

EINSPARUNG: **400 Mio.€ bis 2014**

### **Bundesagentur für Arbeit:**

Sogenannte Pflichtleistungen für Arbeitssuchende werden zu Ermessensleistungen, die den einzelnen Vermittlern im Dialog mit den Arbeitssuchenden mehr Flexibilität beim Einsatz der wirkungsvollsten Instrumente einräumen. Hilfen/ Kurse, die nicht unmittelbar die Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern, sollen damit besser auf ihre Zielführung hinterfragt werden können bzw. ganz entfallen.

EINSPARUNG/ BUND: **6 Mrd.€ bis 2014**

EINSPARUNG/ BUNDESAGENTUR: **10 Mrd.€ bis 2014**

& weitere Maßnahmen zur Effizienzverbesserung bei der Arbeitsmarktvermittlung SGB II:

**4,5 Mrd.€ bis 2014**

### **Bundesverwaltung/ Personal:**

- 10.000-15.000 Stellen sollen bis 2014 entfallen. Unter Berücksichtigung des demographischen Wandels sieht die Koalition dies als vertretbar an.
- 314.000 Bundesbeamte, Soldaten und Richter sowie 672.000 Versorgungsempfänger erhalten seit 2006 ein reduziertes Weihnachtsgeld (30% statt 60%). Für 2011 war eine Rückführung auf den alten Stand geplant. Dies entfällt, es bleibt bei der Reduzierung. Für die Personalkosten bedeutet dies eine Kürzung der Bezüge für Bundesbeamte in Höhe von 2,5%
- Kürzung der Verwaltungsausgaben in allen Ressorts.

EINSPARUNG: **13,4 Mrd.€ bis 2014**

### **„Fiskusvorrecht“/ Insolvenzverfahren:**

Das sog. Fiskusvorrecht bei Insolvenzverfahren stellte bis 1999 die öffentliche Hand wirtschaftlich gleich mit anderen Gläubigern. Seit dieser Zeit waren Banken in einem Insolvenzverfahren in einem erheblichen Umfang privilegiert. Dies wollen wir wieder ändern.

EINNAHMEN: **2 Mrd.€ bis 2014**

### **Brennelementesteuer:**

Im Rahmen der Laufzeit von Kernkraftwerken wird eine Brennelementesteuer für die Betreiber eingeführt.

EINNAHMEN: **9,2 Mrd.€ bis 2014**

### Ökosteuer/ Subventionsabbau:

Bei Einführung der Ökosteuer durch SPD und Bündnis 90/Die Grünen wurden bereits für Energieintensive Unternehmen Ausnahmen beschlossen. Über die Jahre haben sich jedoch manche Situationen geändert und es ist verstärkt zu sogenannten Mitnahmeeffekten gekommen. Diese Ausnahmen sollen deshalb verringert werden.

EINNAHMEN/ BEHALT: **5,5 Mrd.€ bis 2014**

### Finanzmarkt:

- Zur Bildung eines Notfallfonds für Finanzkrisen wird eine Bankenabgabe eingeführt (s. frühere Schreiben). An den Details wird bereits gearbeitet, die Abgabe soll sich an Größe und Risikostruktur des Kreditinstitutes orientieren.
- Deutschland setzt sich ein für die Einführung einer „Finanzmarkttransaktionssteuer“ (s. frühere Schreiben). Zunächst soll eine internationale Einigung versucht werden. Scheitert dies, dann sollte dies auf Europäischer Ebene gelingen.  
Einen nationalen Alleingang betrachtet die Union skeptisch, da Produkte/ Geschäftsvorgänge, die zur Besteuerung kommen sollen, nicht bedingungslos über Deutschland abgewickelt werden müssen. Würde sie eingeführt:

EINNAHMEN: **6 Mrd.€ bis 2014**

(Unabhängig davon sind auch weitere Regulierungs-/Verbotsmaßnahmen national wie europäisch im Verfahren. Dies hat jedoch nichts unmittelbar mit dem Sparpaket zu tun.)

### Verkehr:

Bis zur Einbeziehung des Luftverkehrs in den bereits vorhandenen CO<sub>2</sub>-missionshandel (für Europa ab 2013 geplant) wird eine nationale Luftverkehrsabgabe erhoben. Dies betrifft Flüge, die von inländischen Flughäfen abfliegen. Die Höhe ist gestaffelt nach Preis, Lärm und Verbrauch. Wird dies auf Tickets umgelegt, dann ist von 8-16€/Ticket auszugehen.

EINNAHMEN: **4 Mrd.€ bis 2014**

Der Bund investiert jedes Jahr Milliardenbeträge in den Erhalt und Ausbau des Schienennetzes sowie den Schienenpersonennahverkehr. Als Hauptaktionär fordert der Bund von der Bahn je nach Geschäftslage Dividenden ein:

EINNAHMEN: **2 Mrd.€ bis 2014**

### Stadtschloss Berlin (Humboldt-Forum):

Der Beitrag des Bundes zum Wiederaufbau des Stadtschlusses am Ort des zwischenzeitlich abgetragenen „Palastes der Republik“ aus Zeiten der ehem. DDR wird (wenigstens) bis 2014 nicht zur Verfügung gestellt.

EINSPARUNG: **400 Mio.€ bis 2014**

### Streitkräfte:

Bereits jetzt ist gem. Koalitionsvertrag eine Reduzierung des Wehrdienstes auf 6 Monate im parlamentarischen Verfahren. Parallel wurden in Absprache mit den (Sozial-)Verbänden Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Zivildienstes getroffen.

Zusätzlich soll nun eine umfassende Streitkräftereform erarbeitet werden. Ein Kernelement ist die Prüfung auf Reduzierung der Berufs- und Zeitsoldaten um 40.000 (Aktuell: 190.000). Das Ergebnis soll im September vorliegen.

EINSPARUNG: **4 Mrd.€ bis 2014**

### Zinsen:

Allein im Bund geht jeder 5. Euro in die Zahlung von Zinsen für die bereits vorhandenen Schulden. Rund 12% des Gesamthaushaltes sind gebunden. Dies macht umso mehr deutlich, wie wichtig für die Handlungsfähigkeit künftiger Generationen dieses Thema ist. Ich möchte noch einmal betonen, dass die Bürgschaften für „Griechenland“ sowie die kurz danach erfolgte „Rettung des Euro-Raumes“ nicht mit den o.a. Zahlen/ dem Sparpaket in Verbindung steht. Unabhängig von der Handlungsfähigkeit haben wir uns selbst eine Schuldenbremse in die Verfassung geschrieben, die es in wenigen Jahren einzuhalten gilt.

Aus den o.a. Einsparungen/ Einnahmen sowie in Folge der aktualisierten Steuerschätzung ergibt sich jedoch auch eine Reduzierung der Zinslast durch die reduzierte Nettokreditaufnahme:

EINSPARUNG: **5,4 Mrd.€ bis 2014**

### Gesundheit:

Um das Gesundheitssystem in der aktuellen Situation zu stabilisieren erfolgt einmalig in 2011

Ein Zuschuss aus Steuermitteln in Höhe von: **2 Mrd.€**